

Kein Grund zum Feiern?

Bereits Anfang vergangenen Jahres schlug der damalige Landtagspräsident und frühere Kultusminister Bernd Busemann vor, den Reformationstag über das 500-jährige Jubiläum hinaus in Niedersachsen dauerhaft zu einem gesetzlichen Feiertag zu machen. Schon damals forderte der Humanistische Verband stattdessen den 10. Dezember, den Tag der Menschenrechte als Feiertag für alle einzuführen.

Im Vergleich zu anderen Bundesländern steht Niedersachsen mit nur neun Feiertagen eher bescheiden da: Andere Länder haben zwölf, Spitzenreiter Bayern sogar 13. Der Reformationstag ist in den östlichen „neuen“ Ländern gesetzlicher Feiertag, nicht aber in Berlin und dem restlichen Bundesgebiet. 2017 war der 31. Oktober einmalig bundesweit arbeitsfrei.

„Ich kann mir gut vorstellen, den Reformationstag auch in Niedersachsen dauerhaft zum Feiertag zu machen“, sagte Ministerpräsident Stephan Weil im vergangenen September dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND), und griff damit die Idee des Christdemokraten Busemann mitten im Wahlkampf wieder auf.

Im selben Interview machte er auch deutlich, dass er allein religiösen Feiertagen eine ausreichende Legitimation zugesteht: „Jeder weltliche Feiertag hätte etwas Zufälliges.“ Da auch CDU-Spitzenkandidat Bernd Althusmann sich schon im Wahlkampf für den Reformationstag ausgesprochen hatte, verwundert es nicht, dass dieser von der großen Koalition nun vorangetrieben wird. Weil versprach, dass dieser Tag nicht nur zwischen SPD und CDU diskutiert werden müsse, sondern auch über Parteigrenzen hinweg und mit den Religionsgemeinschaften.

Dass er mit Religionsgemeinschaften wirklich nur diese und nicht die mit ihnen gleichgestellten Weltanschauungsgemeinschaften meinte, wurde schnell deutlich.

Trotz vormaliger Zusicherung des Ministerpräsidenten, in religiös-weltanschaulichen Fragen immer auch den Humanistischen Verband als anerkannte Weltanschauungsgemeinschaft und säkulare Stimme anzuhören, hat die Landesregierung die Feiertagsfrage bislang allein mit Vertretern der Kirchen und Religionsgemeinschaften beraten. Doch auch bei diesen gab es Vorbehalte bis hin zu deutlicher Ablehnung gegenüber dem Reformationstag, allen voran von den Jüdischen Gemeinden, die dem Gedenken an den – so wörtlich – „Juden-Hasser“ Luther ein deutliches „Nein!“ entgegneten.

Am Reformationstag wird Luthers Thesenanschlag und damit des Ursprungs des Protestantismus gedacht. Die Evangelische Kirche feiert sozusagen ihren „Geburtstag“. Das soll nicht despektierlich klingen – genauso erklärt es die Nordkirche auf ihrer Seite www.lutherbonbon.de Kindern und Jugendlichen, die an Halloween doch bitte den Reformationstag nicht vergessen sollen.

Somit ist der Reformationstag ganz klar ein kirchlicher, sogar konfessioneller – weil evangelischer – Feiertag. Kritische Humanisten könnten nun vermuten, dass dieser Feiertag von der Kirche genutzt werden wird, um ihre herausragende Bedeutung und kulturelle Dominanz gesellschaftlich weiter festzuschreiben und sich als unverzichtbare, staatstragende Institution darzustellen. Könnte da etwas dran sein? Die evangelische Kirche scheint zumindest nichts dagegen zu haben, ihren „Geburtstag“ zu einem gesetzlichen Feiertag zu machen.

Bei der anderen großen christlichen Konfession, der Katholischen Kirche, ist die Reaktion schon verhaltener. Nachdem sich Ministerpräsident Stephan Weil und Landesbischof Ralf Meister beim Epiphaniäs-Empfang im Kloster Loccum erneut für den Reformationstag als dauerhaften gesetzlichen Feiertag ausgesprochen hatten, äußerte der katholische Bischof von Osnabrück, Franz-Josef Bode, gegenüber der Neuen Osnabrücker Zeitung seine Bedenken. Er warnte davor, die „konfessionelle Teilung“ zu forcieren. Vielmehr fordert er, dass alle Gruppen der Gesellschaft in einen Dialog treten. Doch ein weltlicher Feiertag solle es aber nun auch nicht sein: Bode sagte: *„Wir haben in dieser Gesellschaft eine starke Prägung durch die Religion. Wir wollen das nicht abtun, wir wissen, was die Religion*

bedeutet.“ Kritischer als die Katholiken und deutlicher mit der Person Luthers verknüpft, äußerten sich die Jüdischen Gemeinden.

Der Feiertag sei mit einem „Juden-Hasser“ verbunden und daher „eine Zumutung“. So hatte der Vorsitzende des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden von Niedersachsen, Michael Fürst, in einem offenen Brief an die Abgeordneten des Niedersächsischen Landtags deutlich gemacht, dass er eine Entscheidung für den Reformationstag für untragbar halte. Luther habe in seinen Schriften die Vertreibung von Juden und das Niederbrennen von Synagogen gefordert. Auch der Landesverband der Israelitischen Kultusgemeinden hält den Reformationstag nicht für die richtige Wahl.

Aus diesem Grund habe ich heute zu unserer Sendereihe „Freiheit und Verantwortung“ im Studio Herrn Michael Fürst zu Gast, den Vorsitzenden des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden von Niedersachsen,

Jürgen Steinecke:

Herr Fürst, Die Koalitionspartner SPD und CDU hatten bereits im niedersächsischen Wahlkampf für einen weiteren Feiertag geworben und machen sich durchgehend für den Reformationstag stark. Für die CDU ist die christliche Prägung des zukünftigen Feiertages geradezu Voraussetzung. Nicht nur die Jüdischen Gemeinden haben sich deutlich dagegen ausgesprochen. Was sind ihre Argumente gegen den Reformationstag als gesetzlichen Feiertag?

Michael Fürst:

Ja, Herr Steinecke, wir haben natürlich nichts gegen einen gesetzlichen Feiertag und einen Feiertag an sich. Jeder Arbeitnehmer freut sich über Feiertage. Für die Arbeitgeber sieht es etwas anders aus. Aber hier geht es ja um eine Entscheidung der Landesvertretungen, also unserer Abgeordneten, die irgendwann ihre Entscheidung treffen sollen. Wir haben nur etwas dagegen, dass dieser Feiertag auf dem so genannten Luther-Tag stattfinden soll und dafür gibt es aus unserer Sicht ganz gute Gründe. Und ich muss ganz offen sagen, das geht nicht nur mir so und, Sie haben es auch schon erwähnt, das geht den Katholiken genauso und ich finde das eigentlich unglaublich, dass die Landesregierung sich über rund 1,4 Millionen Katholiken einfach hinwegsetzt. Denn der Reformationstag ist der Tag der Spaltung für 1,4 Millionen katholischer Christen in diesem Lande. Und für uns Juden ist die Person Luther nicht vertretbar. Luther hat in den letzten Jahrzehnten seines Lebens eine

ganz klar antisemitische Haltung eingenommen. Er hat dazu aufgerufen die Synagogen zu verbrennen, die Schriften zu verbrennen und nicht umsonst sind diese Sätze Luthers von den Nazis dann später übernommen worden. Ich will damit nicht vergleichen die Nazis mit Luther, dass sicherlich nicht, aber er hat es ihnen einfach gemacht.

Jürgen Steinecke:

Nun sagen viele, dass der Reformationstag kein „Luther-Tag“ sei und die Reformation für Europa viel mehr bedeute als sie nur auf Luther zu reduzieren. Wie sehen Sie das?

Michael Fürst:

Ja, absolut. Da habe ich gar kein Problem mit diesem Gedanken. Aber wir haben 365 Tage im Jahr und die Reformation hat nicht nur einen Tag gedauert. Die Reformation ging über mehr als 365 Tage und ich kann insgesamt jeden Tag in Deutschland an einem dieser 365 Tage nehmen und mit einem Schaltjahr wären auch 366. Tag, aber nicht gerade am Luther-Tag.

Jürgen Steinecke:

Im Landtag gab es eine von der FDP beantragte aktuelle Stunde, zu der Sie als Gast eingeladen und namentlich erwähnt wurden. Hat man Sie als Präsident der Jüdischen Gemeinden in Niedersachsen auch angehört?

Michael Fürst:

Nein, nicht an dem Tag und ich muss dazu sagen, ich hatte erfahren, dass die Anhörung an dem Tag stattfinden soll, die aktuelle Stunde stattfinden soll und hatte mich bei der FDP, die ja Antragsteller war, erkundigt und hatte insoweit einen Platz von der FDP bekommen. Dass ich begrüßt worden bin liegt sicherlich damit zusammen, dass ich hier nun bekannt bin in Niedersachsen und man mich vorne gesehen hatte. Nein, angehört worden sind wir als Jüdische Gemeinden schon vom Ministerpräsidenten, von Herrn Althusmann und von Herrn Tonne, dem niedersächsischen Kultusminister, Herr Pistorius, der auch dabei sein sollte, war nicht da. Er konnte nicht dabei sein. Also wir haben deutlich in dem Gespräch mitgeteilt, dass wir zu diesem Feiertag in keiner Weise unsere Ja-Stimme geben können, sondern wir haben sogar ganz klar gesagt, dieser Feiertag wird ohne die Juden in Niedersachsen stattfinden und es ist uns ja auch noch, ich sag mal so, ja vorgegaukelt worden, das Ganze sei noch ergebnisoffen. Auch in der nächsten jüdischen Veranstaltung in der Synagoge wenige Tage später, hat Herr Minister Tonne noch einmal deutlich gesagt, das Ganze sei ergebnisoffen. Nur, das glaube ich nicht ganz.

Jürgen Steinecke:

Am 1. Februar hatten die Regierungschefs der norddeutschen Bundesländer empfohlen, den 31. Oktober als zusätzlichen Feiertag zu wählen. Die Politiker riefen die Landesparlamente von Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein auf, bis zur Sommerpause eine Entscheidung zu treffen. Kritiker sehen hier eine Umgehung der Landesparlamente, die diese Vorgaben lediglich „abzusegnen“ haben. Sie, Herr Fürst, haben, genau wie der Humanistische Verband, alle Abgeordneten des niedersächsischen Landtages angeschrieben. Wie waren die Reaktionen?

Michael Fürst:

Na ganz unterschiedlich. Also ich habe von sehr vielen Menschen unserer Gesellschaft Zustimmung erfahren. Auch von vielen Politikern, von einigen unter der Hand, die gesagt haben, du hast ja völlig recht, das ist meine Privatmeinung, ich kann dazu nicht so viel öffentlich sagen. Also von ganz ganz vielen habe ich Zustimmung erfahren. Ich halte es aber auch nicht für richtig, wenn Sie sagen, dass sei so vorweggenommenes Abnicken jetzt nur noch, was da geschehen muss. Nein nein, die Landtage müssen schon entscheiden und sowas hat ja schon die Bremer Bürgerschaft entschieden und da kommt dann die Mitteilung vom Bürgermeister Bremens. Das würde ja wohl ein Schildbürger-Streich werden, wenn Niedersachsen jetzt anders entscheiden würde. Da muss ich natürlich fragen, seit wann bellt der Hund mit dem Schwanz. Also ich muss ganz ehrlich sagen, die Bremer da vorzuschicken und die Hamburger da vorzuschicken, halte ich schon ein bisschen für merkwürdig.

Jürgen Steinecke:

Nun gab es ja viele alternative Vorschläge für einen weltlichen Feiertag. Zum Beispiel den 27. Januar, den Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus, den 8. Mai, als den Tag der Beendigung der Terrorherrschaft der Nationalsozialisten, der 23. Mai als Tag des Grundgesetzes, den 9. November aufgrund seiner vielschichtigen historischen Bedeutung und den 10. Dezember, den Tag der Menschenrechte, um nur einige zu nennen. Welchen Feiertag hätten denn die Jüdischen Gemeinden vorgeschlagen, wenn man sie gefragt hätte? (Anmerkung: Es gab einen Termin mit Herrn Fürst in der Niedersächsischen Staatskanzlei)

Michael Fürst:

Wenn man uns gefragt hätte, hätten wir sicherlich viele Termine vorschlagen können und wir hätten uns nicht auf einen Tag festgelegt. Ich könnte mir auch gut noch einen anderen Tag vorstellen. Ich könnte mir vorstellen, den 22. Februar. Der 22. Februar ist der Tag des Gedenkens an die Weiße Rosen. An die Geschwister Scholl. Die haben seinerzeit Zeit als Schüler, als Studenten gegen die Nazis aktiv vorgegangen sind und dafür umgebracht worden sind. Ich glaube wir müssen mit einem Feiertag auch unsere Jugend erreichen. Wir wollen doch in der Zukunft sicherstellen, dass das, was zwischen 33 und 45 passiert ist, nie wieder passiert. Weder bei uns noch in anderen Ländern passiert. Und die Jugend können wir mit solchen jungen Menschen wie den Geschwistern Scholl und ihren Freunden doch besser ansprechen, als mit irgendeiner adaptierten alten Angelegenheit. Und der 22. Februar, der Tag des Gedenkens an die Weiße Rose, wäre aus meiner Sicht ein hervorragender Tag für so etwas, ohne dass man damit, sage ich mal, den Holocaust wieder ins Spiel bringen wird. Natürlich steht er dahinter. Aber hier geht es mehr, als nur um den Holocaust. Hier geht darum, dass hier stehen junge Menschen auf, um sich gegen die Staatsobrigkeit zu wehren, die ganz offensichtlich menschenverachtende Unternehmen vornimmt.

Jürgen Steinecke:

Würden Sie diesen Tag denn als Feiertag nochmal offiziell vorschlagen und ins Spiel bringen?

Michael Fürst:

Ich werde ihn auf jeden Fall noch einmal vorschlagen. Aber ich werde auch noch mal schriftlich dem Ministerpräsidenten diesen Vorschlag machen.

Jürgen Steinecke:

Neben den Jüdischen Gemeinden und dem Humanistischen Verband lehnt ja auch die katholische Kirche den Reformationstag als gesetzlichen Feiertag ab. Nimmt man noch die muslimischen Verbände sowie die anderen Religionsgemeinschaften hinzu, stellen diese Gemeinschaften und Verbände gegenüber der evangelischen Kirche eine deutliche Mehrheit dar. Warum kam es Ihrer Meinung nach zu keinen gemeinschaftlich organisierten Aktionen gegen den Reformationstag?

Michael Fürst:

Ja, so kann man es vielleicht nicht sagen. Ich glaube zunächst einmal, dass die Muslime an dieser Angelegenheit wenig Interesse haben und sich sogar ein wenig verstecken, im Augenblick. Natürlich gibt es hier eine gemeinsame Haltung der Katholischen Kirche und der Jüdischen Gemeinden. Das haben wir sehr deutlich gemacht. Prälat Dr. Bernhard und ich haben uns ja sehr deutlich herausgelehnt und immer wieder deutlich gemacht, dass auf jeden Fall die Katholische Kirche und die jüdischen Religionsgemeinschaften dagegen sind.

Jürgen Steinecke:

Hand aufs Herz: Sehen Sie denn noch Möglichkeiten den Reformationstag als Feiertag wirklich zu verhindern?

Michael Fürst:

Also ich wäre ein schlechter Anwalt, wenn ich sagen würde, das klappt nicht. Es wird schwer. Denn Hamburg hat schon entschieden, Bremen hat schon entschieden, nur Niedersachsen hängt ein wenig hinterher und Niedersachsen macht es sich ein wenig leicht. Niedersachsen setzt sich auf die Couch und sagt, lass mal die anderen entscheiden und dann können wir ja gar nicht mehr anders als die. Das ist eben gerade falsch.

Jürgen Steinecke:

Nun stand letzten Samstag ja in der Zeitung, dass alle Verbände nochmal angehört werden sollten, das weckt ja nochmal Hoffnung

Michael Fürst:

Naja, das ist ja nun das normale Vorgehen eigentlich. Dass was jetzt geschieht hätte eigentlich schon vor einem halben Jahr geschehen sollen. Denn die Anhörung ist eigentlich das Erste, was passieren muss, bevor man sich festlegt. Also ich glaube, hier haben SPD und CDU von vornherein vorgehabt, wir wollen das hier jetzt durchsetzen. Wir wollen das durchziehen, koste es was es wolle. Die Gründe dafür sind mir nicht erklärlich und erklärt worden. Denn es gibt viele andere Tage dafür. Also für mich nicht nachvollziehbar. Eine für mich wenig akzeptable Leistung der Landesregierung.

Jürgen Steinecke:

Herr Fürst eine letzte Frage: Uns Humanisten wird immer entgegengehalten, dass wir an den christlichen Feiertagen ja gar nicht feiern bzw. frei haben dürfen, sondern arbeiten müssten. Die Frage könnte ich ja genauso an Sie weitergeben. Was machen Sie am 31. Oktober 2018?

Michael Fürst:

Na wenn es ein gesetzlicher Feiertag werden würde, würden wir auf jeden Fall nicht mit der Evangelischen Kirche diesen Feiertag begehen. Das ist gar keine Frage. Ansonsten werden wir den Feiertag als freien Tag nehmen wie alle anderen Bürger in diesem Lande auch.

Die Antworten im Interview mit Michael Fürst wurden wörtlich nach dem Interview niedergeschrieben.